

Rabea Berfelde • Jacob Blumenfeld\*

## Von der Vergesellschaftung zur Planung und wieder zurück

### Über alte und neue Debatten um Wirtschaftsplanung und Vergesellschaftung

**Zusammenfassung:** Wir diskutieren die Zusammenhänge zwischen historischen sowie aktuellen Debatten um Vergesellschaftung und demokratische Wirtschaftsplanung. Anhand der historischen Vergesellschaftungsdebatte wird gezeigt, dass sowohl die Wirtschaftsplanung als auch die Demokratisierung der Ökonomie zentrale Ziele verschiedener Vergesellschaftungskonzepte waren. Während die Vergesellschaftungsdebatte die Transformationsperspektive stärker in den Vordergrund rückt, konkretisiert die Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung das Ziel, also die Gestaltung einer gemeinwohlorientierten und radikal-demokratischen Produktionsweise.

**Schlagwörter:** Privateigentum, Sozialistische Kalkulation, Transformation, Wirtschaftsplanung

### From Socialisation to Planning and Back Again

#### On Old and New Debates on Economic Planning and Socialisation

**Abstract:** We discuss the connections between historical and current debates on socialisation and democratic economic planning. Based on the historical debate on socialisation, it argues that both economic planning and the democratisation of the economy were central goals of various socialisation proposals. While the socialisation debate focuses more on the prospect of transformation, the debate on democratic economic planning concretises the goal, i.e. the creation of a radically democratic mode of production oriented towards the common good.

**Keywords:** Economic Planning, Private Property, Transformation, Socialist Calculation

---

\* **Rabea Berfelde**  ist Postdoc Fellow am Centre for Social Critique (Humboldt-Universität zu Berlin). Sie arbeitet u.a. zu finanzialisierten Bodenökonomien und deren gemeinwohlorientierten Alternativen. | **Jacob Blumenfeld**  ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Research Fellow am Centre for Social Critique der HU Berlin.

In den letzten Jahren hat sich eine akademische Debatte über die zeitgenössischen Möglichkeiten einer demokratischen Wirtschaftsplanung entwickelt. Ein Strang der neuen Wirtschaftsplanungsdebatte beschäftigt sich mit dem Stand digitaler und algorithmischer Technologien und fragt, wie diese auf das klassische Problem der sozialistischen Kalkulation reagieren könnten (Morozov 2019; Groos 2021; Grünberg 2023). Im Zuge der aufkeimenden Debatte erhalten auch Autor\*innen wieder mehr Aufmerksamkeit, die sich seit langem mit der Erarbeitung konkreter und detaillierter Modelle für eine sozialistische und geplante Produktionsweise beschäftigen (Cockshott/Cottrell 1993; Saros 2014; Dapprich 2020; Hahnel 2021). In einem relativ neuen Debattenstrang wird Wirtschaftsplanung als eine mögliche sozialistische Antwort auf die Klimakrise diskutiert (Planning for Entropy 2022; Vettese/Pendergrass 2022; Durand u.a. 2023).

Durch die Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* (DWE) ist die Möglichkeit einer Vergesellschaftung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wieder auf die Tagesordnung politischer Transformationsstrategien gerückt (Berfelde/Möller 2023; Stoll 2022). In der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung wird derzeit diskutiert, ob und wie die Vergesellschaftung des Energiesektors zu einer zentralen strategischen Forderung werden kann. Obwohl beide Debatten – Wirtschaftsplanung und Vergesellschaftung – gleichzeitig an Popularität gewinnen und zum Ziel haben, konkreter auszubuchstabieren, wie ein zeitgenössischer Sozialismus aussehen könnte, stehen sie recht unvermittelt nebeneinander.

Historisch hingegen, so wird der Artikel durch die Analyse der Vergesellschaftungssgdebatten<sup>1</sup> in der Weimarer Republik zeigen, waren Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung einer Wirtschaftsplanung immer ein inhärenter Bestandteil von Vorstellungen und Strategien zur Vergesellschaftung. Anhand zentraler Theoretiker\*innen, die die Debatte in der Weimarer Republik prägten, wird der Zusammenhang zwischen Vergesellschaftung und planwirtschaftlichen Überlegungen dargestellt.

Die Zusammenführung beider Debatten ist das Ziel dieses Artikels. Während die Vergesellschaftungsdebatte die Transformationsperspektive stärker in den Vordergrund rückt, konkretisiert die Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung das Ziel, also die Gestaltung einer sozialistischen Produktionsweise.

---

1 In diesem Artikel verwenden wir die beiden Begriffe »Sozialisierung« und »Vergesellschaftung« synonym, obwohl das Wort Sozialisierung um 1919 verbreiteter war, während Vergesellschaftung heute üblicher ist. Für einen Versuch, die beiden Begriffe zu unterscheiden siehe Weil (1921: 15f.).

Das Argument des Artikels ist zweifach: Erstens bleibt jede Theorie der Wirtschaftsplanung spekulativ und gewissermaßen zu abstrakt, wenn sie nicht in einen Rahmen der Vergesellschaftung eingebettet ist. Denn die Vergesellschaftung nimmt die Eigentumsveränderungen ernst, die notwendig sind, damit demokratische Wirtschaftsplanung überhaupt entstehen kann. In modernen kapitalistischen Gesellschaften sind die ökonomische und die politische Sphäre voneinander getrennt, weshalb die Wirtschaft nicht Teil des politischen Gemeinwesens ist und somit der demokratischen Deliberation entzogen bleibt. Die Transformation der Eigentumsverhältnisse vom Privateigentum zum Gemeineigentum, auf die die Vergesellschaftung zentral abzielt, kann somit als notwendige Bedingung für die Demokratisierung der Ökonomie verstanden werden. Bei der Vergesellschaftung der Produktions- und Reproduktionsmittel geht es also zentral um die Neuordnung des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Gesellschaft sowie dessen rechtlicher und institutioneller Einbettung. Wie noch zu zeigen sein wird, bestimmen die verschiedenen Formen des Eigentumswechsels nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt der Wirtschaftsplanung.

Zweitens bleibt jede Theorie der Vergesellschaftung begrenzt, wenn sie keine Ideen für eine demokratische Koordination des Wirtschaftens enthält. Denn eine vergesellschaftete Bedürfnisbefriedigung oder eine vergesellschaftete Freiheitssphäre entstehen nicht spontan durch die Umwandlung von Eigentumsverhältnissen, sondern erfordern sorgfältige und durchdachte Mechanismen, um demokratisch zu entscheiden, wie grundlegende ökonomische Probleme ohne Rückgriff auf den Markt oder auf Zwang gelöst werden können. Kurz gesagt: Planung braucht Vergesellschaftung, sonst bleibt sie abstrakt und realitätsfern, und Vergesellschaftung braucht Planung, sonst ist sie nicht zielgerichtet und bleibt kurzsichtig.

## **Die Vergesellschaftungsdebatte im historischen Kontext**

Von Karl Marx und Friedrich Engels über August Bebel und Eduard Bernstein bis hin zu Rosa Luxemburg und Karl Kautsky bedeutete gesellschaftliche Transformation immer auch Vergesellschaftung, in der einen oder anderen Form. Ob sie »Expropriation der Expropriateure« oder »Assoziation der freien Produzenten«, »Kommunismus« oder »Sozialismus« oder gar »wahre Demokratie« genannt wurde – die Idee der Vergesellschaftung war immer zentral, wenn auch oftmals nicht weiter theoretisch ausbuchstabiert (Blumenfeld 2023a). Von den 1870er- bis zu den 1920er-Jahren, während der Ersten und Zweiten Internationale, wurde nicht die zukünftige Planwirtschaft betont, sondern die Vergesellschaftung der Produktion.<sup>2</sup>

Der *Rat der Volksbeauftragten*, der nach dem Sturz des Kaisers während der Novemberrevolution 1918 als Übergangsregierung eingesetzt wurde und sich aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zusammensetzte, beauftragte 1919 eine »Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung der Industrie«, die unter anderem Gesetzesentwürfe und Gutachten zur Sozialisierung des Kohlebergbaus vorlegte (Novy 1978; Schmidt 2023; Hoffrogge 2024).

In Bremen und Bayern wurde im Januar und April 1919 für wenige Wochen eine Räterepublik ausgerufen. Otto Neurath war Gründer und Leiter des Amtes für zentrale Wirtschaftsplanung während der Münchner Räterepublik im April 1919. In seinen theoretischen Schriften zur Frage der Sozialisierung führte Neurath unter anderem eine begriffliche Unterscheidung zwischen der Vergesellschaftung, die nach Neurath den bloßen Akt der Eigentumsänderung bezeichnen sollte, und der »Sozialisierung« ein (Neurath 1973: 103). Der Begriff der Sozialisierung dient dann der Zielbestimmung der Vergesellschaftung, wobei Neurath die »Sozialisierung der ganzen Wirtschaftsordnung« als Ziel der Eigentumsänderung benannte:

»Wir sprechen im folgenden grundsätzlichen von [...] ›Vollsozialisierung‹, um so von vornherein den Sprachgebrauch abzulehnen, der den Ausdruck ›Sozialisierung‹ anwendet, wenn ein Betrieb in das Eigentum seiner Arbeiter übergeht, die Gewinnbeteiligung eingeführt, ein Landgut an Einzelsiedler verteilt oder eine Fabrik verstaatlicht, eine ›Teilvergesellschaftung‹ durchgeführt wird.« (Ebd.)

Bei Neurath (1920/1921: 48) bezeichnet der Begriff der Sozialisierung eine Form der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplanung, »eine organisatorische Neugestaltung«, die eine »planmäßige Verwaltungswirtschaft« zum Ziel hat und für die der »Rechtsakt, durch den Privateigentum in Gesellschaftseigentum übergeführt wird«, eine notwendige Voraussetzung ist. In Neuraths Ausführungen zeigt sich ein Verständnis von Vergesellschaftung, also der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, als eine *notwendige* Bedingung, um eine planwirtschaftliche Umgestaltung der Ökonomie zu ermöglichen.

»Sozialisierung geht immer aufs Ganze«, schrieb Neurath (1920: 7). Hiermit meinte er, dass eine echte Sozialisierung nur erreicht wird, wenn Produktion und Konsum zusammengedacht werden, die Transformationsstrate-

---

2 Die einzigen Ausnahmen sind die utopischen sozialistischen Texte von Ballod-Atlanticus und Popper-Lynkeus, die Otto Neuraths Überlegungen zur Sozialisierung als Wirtschaftsplanung inspirierten (vgl. Neurath 1928).

gie also auf die Gesellschaft als Ganzes abzielt. Zum Beispiel wäre vergesellschaftete Kohle, die aus einem vergesellschafteten Bergwerk gefördert wird und Luxuswohnungen beheizt und Luxusindustrien befördert, nach seiner Auffassung keine Sozialisierung (ebd.). Selbst wenn Arbeiter ihre Fabrik besitzen, ein Kapitalist eine Gewinnbeteiligung zulässt oder ein Landbesitzer sein Grundstück für ein Wohnungsbauprojekt aufteilt, handele es sich (noch) nicht um Sozialisierung.

Neurath schärfte die Zielbestimmung der Sozialisierung durch drei weitere qualitative Kriterien: Erstens ist das Ziel eine gemeinwohlorientierte Verteilung. Neurath legte dar, dass ein Wirtschaftsplan unter anderem Fragen der »Verteilung von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen, Arbeit, Krankheit und Mühsal« behandeln muss (Neurath 1920/1921: 48). Zweitens hat die Sozialisierung eine effizientere und rationalere Gestaltung der Ökonomie zum Ziel. Neurath nannte dies die »Wirtschaftlichkeit«, also die Ausnutzung gesellschaftlicher und natürlicher Ressourcen, die effizienter und rationaler gestaltet werden sollen, um »die Produktion im Interesse des werktätigen Volkes [zu] steigern« (ebd.: 49). Ein drittes Kriterium ist die Demokratisierung der Ökonomie durch eine veränderte »Herrschaft über das Wirtschaftsleben« (ebd.: 48).

Die Demokratisierung der Ökonomie spielt auch in den Überlegungen zur Frage der Vergesellschaftung von Karl Korsch eine Rolle, der 1919 Assistent der Sozialisierungskommission war. Nach Korsch sei »der erste Schritt zur Sozialisierung [...] die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den zur Produktion gebrauchten »Produktionsmitteln« und seine Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum« (Korsch 1969: 16). Dabei gilt allerdings:

»Weder die Überführung der Produktionsmittel aus der privaten Machtsphäre des Kapitalisten in die Machtsphäre der öffentlichen Organe der Gesamtheit (Verstaatlichung, Kommunalisierung usw.), noch die Überleitung der Produktionsmittel aus dem Besitz der privaten Eigentümer in den gemeinsamen Besitz sämtlicher Produktionsbeteiligten (produktivgenossenschaftlich-syndikalistische Sozialisierung) stellt für sich allein eine Ersetzung des kapitalistischen Sondereigentums durch wahres sozialistisches Gemeineigentum dar.« (Ebd.: 33)

Das Ziel der Sozialisierung ist, »das Wirtschaftsleben unter die Kontrolle der Allgemeinheit zu stellen« (ebd.), und dies kann weder durch eine reine Verstaatlichung noch durch eine reine genossenschaftliche Organisation vergesellschafteter Produktionsmittel erreicht werden.

Für Korsch war die Wirtschaftsplanung von oben neben der Arbeiterkontrolle von unten von zentraler Bedeutung für die Sozialisierung (Blumenfeld

2023b). Die Aushandlung des Einzelinteresses im Verhältnis zum Allgemeininteresse bei der Aufstellung von verbindlichen öffentlichen Bedarfsplänen soll durch eine spezifische Organisationsform, die Korsch als »industrielle Autonomie« bezeichnete, gesichert werden. Die Betriebe eines Industriezweiges werden zu Syndikaten zusammengefasst und die syndikalistische Selbstverwaltung soll das Interesse der Produzenten (Arbeiter) sichern, ist aber durch das Kontrollrecht der Allgemeinheit beschränkt. Die »Beteiligung der Konsumentenorganisationen (Staat, Gemeinden, Konsumentengossenschaften, Zweckverbände)« soll das »Konsumenteninteresse« in der Wirtschaftsplanung sichern (Gerlach 1969: 8f.). Nur wenn die Verwaltung des gesellschaftlichen Eigentums institutionell die Herausbildung eines Gemeininteresses fördert, handelt es sich um eine Sozialisierung. Für Korsch ist der Bezugspunkt der Sozialisierung ein politisches Gemeinwesen – und nicht die Verwaltung durch eine exklusive Gruppe – und damit ist, wie schon bei Neurath, die Frage nach der Demokratisierung der Ökonomie als Ziel der Vergesellschaftung angesprochen.

Die Vorstellung, dass es zunächst einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse bedarf, um eine Demokratisierung der Ökonomie zu erreichen, verweist auf die marxistische Analyse der gesellschaftsstrukturierenden Funktion des Privateigentums. Wie Ellen Meiksins Woods (1995: 19ff.) argumentiert hat, ist die Trennung der »Ökonomie« von der »Politik« ein zentrales Merkmal des Kapitalismus. Das private Eigentums- und Vertragsrecht regelt die ökonomische Sphäre und das öffentliche Recht des Staates die politischen Verhältnisse. Was die Wirtschaft also angeblich »unpolitisch« und in grundlegenden Fragen der Umverteilung immun gegen demokratische Anfechtungen macht, ist demnach gerade die Tatsache, dass die Entscheidungen in der Sphäre der Wirtschaft durch private Eigentumsrechte bestimmt werden. Wer die Eigentumsrechte besitzt, hat das letzte Wort darüber, wie er sie einsetzt, unabhängig davon, ob dies für alle am vorteilhaftesten ist. Das Privateigentum wirkt somit als *Schranke* für eine Demokratisierung der »privaten« Sphäre der Wirtschaft, und die Überwindung dieser *Eigentumschranke* für die Demokratisierung der Ökonomie stellt ein entscheidendes Ziel der Vergesellschaftung dar.

Im Januar 1919, nach der deutschen Revolution, schrieb Karl Kautsky in seinen »Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm«:

»Hand in Hand mit diesen Versuchen der proletarischen Staatsgewalt, durch ihr Eingreifen dem Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit weniger zerstörende Formen zu geben, muss aber auch das Streben gehen, diesem Klassenkampf, der doch unter allen Umständen ein hemmendes und störendes

Element der Produktion ist, seine Grundlage zu nehmen durch Sozialisierung der Produktion, die dem Arbeiter an Stelle des Kapitalisten die Gesellschaft, [...], als Besitzer der Produktionsmittel und Leiter der Produktion gegenüberstellt. Dies durchzuführen, ist die wichtigste, ist die eigentliche Aufgabe der vom Proletariat beherrschten demokratischen Republik. Dadurch wird sie zur sozialen Republik [...].« (Kautsky 1919)

Für Kautsky beseitigt die Sozialisierung *ökonomisch* die antagonistischen Hindernisse für die volle Entfaltung der Produktivkräfte zum Nutzen aller. Darüber hinaus transformiert die Vergesellschaftung auch *politisch* die demokratische Republik in das, was Kautsky die »soziale Republik« nennt (Muldoon 2020: 124ff.). Hier zeigt sich eine neue Bedeutung des Begriffs der Vergesellschaftung, der nicht nur die soziale Transformation der Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der Wirtschaft beschreibt, sondern auch die politische Transformation des Staates hin zu einem Zustand der Nichtbeherrschung bezeichnet.

Für Kautsky ist Vergesellschaftung keine Verstaatlichung, sondern die »demokratische Organisation des ökonomischen Lebens« (Kautsky 1919). Dies erfordert die Infragestellung der Eigentumsschranken, die die Gesellschaft teilen, um das Wirtschaftsleben für alle neu zu organisieren. Ähnlich wie Neurath und Korsch sah Kautsky in der Vergesellschaftung sowohl den Weg als auch das Ziel des Sozialismus. Die Vergesellschaftung ist ein nicht linearer, differenzierter, pluralistischer Prozess, der es ermöglicht, dass eine Vielzahl ökonomischer Lebensformen ohne die Vorherrschaft des privaten Marktes oder des bürokratischen Staates koexistieren können. Die Idee einer sozialen Republik fügt der Bedeutung von Vergesellschaftung einen neuen Wert hinzu, indem sie die republikanische Tradition von Freiheit als Nichtbeherrschung in das Konzept einer freien Gesellschaft integriert (Muldoon 2020; Leipold 2020). Korsch, Neurath und Kautsky zeigen auf ihre Weise, wie Konzepte der Vergesellschaftung von Anfang an versuchen, partikuläre Prozesse (der Eigentumsumwandlung) und universelle Visionen (der demokratischen Wirtschaft) zusammenzubringen, also Prozess und Zweck, Übergang und Endzustand in einem einzigen Begriff von Vergesellschaftung zu verbinden. Mit dieser Strategie soll das Ziel einer demokratischen Organisation des Wirtschaftslebens erreicht werden.

Eine andere Ansicht vertrat Otto Bauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der in seiner 1919 verfassten Schrift *Der Weg zum Sozialismus* anstelle einer Theorie der unverzüglichen Vollsozialisierung eine solche der schrittweisen Sozialisierung vorstellte (Novy 1978). Bauers Sozialisierungskonzept sieht für einzelne Sektoren eine je spezifische Zeit-

lichkeit vor und differenziert zwischen unterschiedlichen Eigentumsformen und Demokratisierungsbestrebungen.

Nach Bauer war die Schwerindustrie, also der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie, aufgrund ihres hohen Konzentrationsgrades und ihres Charakters als Schlüsselsektor *reif* für die sofortige Sozialisierung (Bauer 1919: 9; Novy 1978). Andere Industriezweige, die vor allem durch mittelständische und kleine Betriebe geprägt waren, galten Bauer demgegenüber als *noch nicht reif* für die Sozialisierung (Bauer 1919: 12). Um eine spätere Sozialisierung vorzubereiten, sollten diese Betriebe in Industrieverbänden zusammengefasst werden, die die Rationalisierung der Produktion als Ziel und Aufgabe hatten (ebd.: 16). Die Industrieverbände sollten durch drittelparitätisch besetzte Verwaltungsräte geleitet werden. Drittelparitätisch heißt, dass sowohl die Gewerkschaften als auch die Konsumenten (private wie gewerbliche) und der Staat in den Verwaltungsräten vertreten sein sollten. Die staatlichen Vertretungspersonen würden »zum Teil vom Staatssekretär für Finanzen ernannt, [...], zum anderen Teil aber von der Nationalversammlung gewählt, damit auch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen ihre Vertretung finden« (ebd.: 10).

Bei der Vergesellschaftung des Bodens differenzierte Bauer zwischen dem städtischen Bauland und dem landwirtschaftlich genutzten Boden. Städtisches Bauland sollte vergesellschaftet werden, um die Wohnraumversorgung flächendeckend gemeinwohlorientiert gestalten zu können (Bauer 1919: 31). Bei Agrarflächen hingegen unterschied Bauer zwischen »Ausbeutungseigentum« und »Arbeitseigentum« (ebd.: 25): »Der Grund und Boden des Adels, der Kirche und der Kapitalisten soll vergesellschaftet werden; der Grund und Boden des Bauern soll sein Privateigentum bleiben« (ebd.). Das Privateigentum – wobei es sich eher um eine Erbpacht handelte (ebd.: 23) – sollte den Bauern eine langfristige Sicherheit in der Bewirtschaftung ihrer Flächen garantieren, die vor allem Investitionen ermöglichten (ebd.).

Die landwirtschaftlichen Betriebe sollten jedoch auch durch die Organisation in Bezirksagrarverbänden in eine gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsplanung integriert werden, und zwar indem diese vor allem den Zins für die Erbpacht und damit indirekt den Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse beeinflussen sowie durch Kreditvergabe eine gezielte Investitionslenkung betreiben würden. Das Ziel war, Rationalisierung und Produktivitätssteigerung zu fördern (Bauer 1919: 28): »Die bäuerliche Wirtschaft wird also vergesellschaftet werden, ohne dass das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben wird« (ebd.). Auch für die »Sozialisierung der Banken«, den letzten Schritt in der Sozialisierungsabfolge, sieht Bauer keine Überführung des Eigentums »in den Besitz der Gesellschaft« vor (ebd.: 32). Hier reiche es viel-

mehr aus, die Macht der Aktionäre im Verwaltungsrat zu brechen und diese »den Vertretern der Volksgesamtheit zu übertragen« (ebd.).

Der Abschnitt hat gezeigt, dass bei Korsch, Neurath und Kautsky ein Verständnis von Vergesellschaftung als notwendiger Bedingung des Sozialismus besteht. Die Ersetzung des Privateigentums durch Gemeineigentum ist dabei kein Selbstzweck, sondern zielt auf die Demokratisierung der Ökonomie sowie eine effizientere, rationalere und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise ab, die durch eine Wirtschaftsplanung erreicht werden soll. In Bauers Konzept der schrittweisen Vergesellschaftung findet sich dagegen eine differenzierte Betrachtung zur Ausgestaltung unterschiedlicher Eigentumsformen je nach Sektor. Die Veränderung privater Eigentumsstrukturen ist nur in bestimmten, insbesondere in den dafür *reifen* Sektoren, gesellschaftlich notwendig, um diese in eine Wirtschaftsplanung zu integrieren. Die Unterschiede zwischen Neurath, Korsch, Kautsky und Bauer zeigen, dass die Art und Weise, wie Vergesellschaftung konzeptualisiert wird, auch die Formen der wirtschaftlichen Planung und Demokratisierung bestimmt. Denn je nachdem, ob Industrien, Arbeitsplätze und Schlüsselsektoren im Zuge der Vergesellschaftung sofort oder schrittweise enteignet, syndikalisiert, selbstverwaltet, zentralisiert oder reguliert werden, ergeben sich unterschiedliche Zwänge für die wirtschaftliche Planung und Demokratisierung. Dies wird im Folgenden näher betrachtet.

## Von der Vergesellschaftung zur Planung und wieder zurück

Es gibt keine Kalkulationsdebatte ohne die vorangegangene Sozialisierungsdebatte. Broschüren, Bücher, Vorträge und Positionspapiere zur Sozialisierung der Produktion gab es nach 1918 in Hülle und Fülle. Jeder wollte wissen, wie eine rationale, demokratische und transparente Wirtschaft zu gestalten sei, denn die anarchischen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion führten immer wieder zu Krieg und Elend. Erst nach dem Zusammenbruch der Sozialisierungskommissionen, der Niederlage der Rätebewegung und der Neudefinition von Vergesellschaftung als Wirtschaftsreform verlagerte sich die Debatte von der praktischen Aufgabe der Vergesellschaftung hin zur konzeptionellen Aufgabe, die Informationsprobleme der Wirtschaftsplanung in einem sozialistischen Staat zu lösen.

Der Beginn der modernen demokratischen Planungsdebatte geht auf die erste sogenannte sozialistische Kalkulationsdebatte in den 1920er-Jahren zurück. Ludwig von Mises (1922) versuchte als Reaktion auf Neuraths Sozialisierungspläne, die Unmöglichkeit wirtschaftlicher Planung ohne Märkte zu beweisen. Sozialistische Theoretiker\*innen antworteten, indem sie zeigten,

wie dies sehr wohl möglich sei (Lerner 1934; Lange 1936, 1937). Die Debatte spitzte sich in den 1930er- und 1940er- Jahren mit Friedrich von Hayek zu, der das praktische Argument gegen sozialistische Planung in ein erkenntnistheoretisches Argument über die Information in komplexen Gesellschaften als solche verwandelte (Hayek 1937, 1945).

Das Erbe der sozialistischen Kalkulationsdebatte zeigt sich auch in der aktuellen Debatte um Fragen der demokratischen Wirtschaftsplanung. Die Popularisierung der Debatte begann 2019 mit dem Buch *The People's Republic of Walmart* von Leigh Phillips und Michael Rozworski, die die internen logistischen Abläufe multinationaler Unternehmen wie Walmart analysierten und belegten, dass diese hochgradig geplant sind. In der Analyse wird den digitalen Informationstechnologien, die diese Planungsprozesse ermöglichen, große Bedeutung beigemessen. In dem Artikel *Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data* argumentiert Evgeny Morozov (2019), dass die heutigen technologischen »feedback infrastructures« eine umfassende Koordination ermöglichen. Beiläufig heißt es, dass die »means of feedback production« sozialisiert werden (ebd.: 65), die digitalen Produktionsmittel somit aus privaten Eigentumsstrukturen herausgelöst und gesellschaftlich angeeignet werden müssten; aber der Prozess der Vergesellschaftung digitaler Produktionsmittel ist nicht der Fokus der Ausführungen. Die aktuelle Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung beginnt also mit populärwissenschaftlichen Interventionen, die die klassischen Fragen der Kalkulationsdebatte nach Informations-, Allokations- und Koordinationsproblemen aufgreifen und darlegen, dass diese Probleme vor dem Hintergrund des aktuellen Entwicklungsstandes der digitalen Technologien lösbar seien (Groos 2021). Dementsprechend liegt auch in der aktuellen akademischen Debatte ein starker Fokus auf Fragen der Koordination, Information und Allokation (Grünberg 2023; Nardelli u.a. 2023).

Ist die heutige Vergesellschaftungsdebatte mit der heutigen Planungsdebatte vergleichbar? Während die Vergesellschaftungsdebatte vor allem von Aktivist\*innen in konkreten Kämpfen geführt wird, findet die neue Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung hauptsächlich unter Akademiker\*innen statt, die über zukünftige Wirtschaftssysteme spekulieren und zum Teil konkrete Modelle dafür entwickeln, wie diese aussehen könnten. Eine Möglichkeit, die beiden Debatten zusammenzubringen, besteht in der Betonung darauf, dass die Vergesellschaftung auf Formen demokratischer wirtschaftlicher Koordination abzielt. Man kann auch argumentieren, dass erstere die Voraussetzung für letztere ist, dass also die Wirtschaftsplanung zunächst eine Vergesellschaftung der Produktion voraussetzt. Wie beide Projekte einander bedingen, bedarf dennoch einer genaueren Erklärung. Was ist, wenn

der politische und ökonomische Übergangsprozess der Vergesellschaftung die Form und den Inhalt der Planung bedingt? Deshalb brauchen wir einen Perspektivwechsel. Was passiert, wenn wir statt von den Problemen der Planung – dem Allokationsproblem, dem Informationsproblem, dem Kalkulationsproblem, dem Optimierungsproblem etc. – von den Problemen der Vergesellschaftung ausgehen, also vom Transformationsproblem?

In dem 2022 erschienenen Buch *Half-Earth Socialism* von Troy Pendergrass und Drew Vettese stellen die Autoren ein zeitgemäßes Modell für die Wirtschaftsplanung im globalen Maßstab vor, das nicht nur Angebot und Nachfrage, sondern auch ökologische Parameter, die Notwendigkeit von Biodiversität und die Anforderungen an die Dekarbonisierung berücksichtigt. Außerdem fließen die Erfahrungen aus der realsozialistischen Wirtschaftsplanung in der Sowjetunion, in Osteuropa und Chile ein. Umfassende Visionen wie die von einer anderen Welt jenseits des Kapitalismus werden in der Gegenwart dringend gebraucht, um soziale Kämpfe auf die Zukunft auszurichten. Was jedoch fehlt, ist ein Konzept von Vergesellschaftung als einem komplexen sozialen Prozess auf dem Weg dorthin. Mit dem Prozess der Vergesellschaftung zu beginnen – also seinen Formen, Institutionen, Sphären, Akteuren und Schritten –, würde bedeuten, andere Hindernisse und Herausforderungen und damit andere Lösungen in den Vordergrund zu rücken. Würde ein Modell der demokratischen Wirtschaftsplanung vor und nach dem Prozess der Vergesellschaftung gleich aussehen? Das ist zweifelhaft. Die aktuelle Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung muss also um ein detaillierteres Nachdenken über Wege und Prozesse der Transformation ergänzt werden.

In seiner systematischen Auseinandersetzung mit der historischen Debatte in der Weimarer Republik stellte Klaus Novy (1978: 26) fest, dass die einzelnen Transformationsstrategien insofern als »Reformstrategien« gelten können, da keine der von ihm untersuchten Strategien »die Vergesellschaftung aller oder auch nur der meisten Produktionsmittel« voraussetzt. Der Begriff der »Sozialisierungsreife« war zentral, um zu bestimmen, welche Wirtschaftszweige, Sektoren oder Teilsektoren sozialisiert werden sollten. Der Hinweis auf Bauers schrittweises Sozialisierungskonzept, das zwischen *reifen* Sektoren wie der Schwerindustrie und anderen Sektoren, die noch nicht reif waren, unterschied, hat gezeigt, wie Überlegungen bezüglich der Sozialisierungsreife die strategischen Überlegungen strukturierten.

In der historischen Debatte erfolgte eine qualitative Bestimmung der Sozialisierungsreife unter anderem anhand einer machtpolitischen Bestimmung und es wurde für die Sozialisierung »natürlicher Monopole« argumentiert (Novy 1978: 50). Die Forderung nach der Verstaatlichung des Bergbaus,

die unter anderem vom I. Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im Jahr 1918 erhoben wurde, fällt unter die Bestimmung der Sozialisierungsreife anhand natürlicher Monopoltendenzen. Die Sozialisierungsreife des Bergbaus wurde darüber hinaus durch die fundamentale Funktion dieses Produktionszweiges für die gesamte Industrie bestimmt, die Steinkohle war der primäre Energieträger und Rohstoff der Zeit. Das Privateigentum, so die dahinterstehende Überlegung, ermöglicht in diesen Produktionsbereichen eine Marktmacht, die eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsplanung verhindert.

Ein weiteres Kriterium war das der »ausgereiften Technik« (Novy 1978: 49). Der Standpunkt, dass »die Betriebe und Sektoren zu sozialisieren seien, die über eine ausgereifte Technik verfügen« (ebd.), folgt der geschichtsphilosophischen Überlegung, dass der Kapitalismus die Entwicklung der Produktivkräfte beschleunigt und diese unter sozialistischen Bedingungen angeeignet werden können. Diese strategischen Überlegungen zur Vergesellschaftung basieren zudem auf einer materialistischen Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte, beziehungsweise des Konflikts zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Dieses Verständnis des sich zuspitzenden Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und das Verständnis davon, wie dieser eine Transformation notwendig machen wird, zeigt sich auch bei Vertreter\*innen der aktuellen Wirtschaftsplanungsdebatte. So argumentiert beispielsweise Pat Devine:

»[...] auf einer bestimmten Stufe des Prozesses der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion entwickelt sich der Druck für eine Veränderung der gesellschaftlichen Organisation in Richtung einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel. [...] Die Vergesellschaftung der Produktion hat den Punkt erreicht, an dem die effektive Nutzung des produktiven Potentials der Gesellschaft eine demokratische Planung verlangt.« (Devine 1988: 122, Übers. R.B./J.B.)

Auch wenn Devine betont, dass es sich hierbei nicht um einen Automatismus handelt, so zeichnet er dennoch ein Bild von Transformation, das von einem verschärften Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ausgeht und somit »eine historische Dynamik« postuliert, »die in Richtung Vergesellschaftung drängt« (ebd.: 130). Wie viele andere Sozialist\*innen und Marxist\*innen übergeht Devine das schwierigste Problem, wie man den Prozess der Vergesellschaftung in seiner Überwindung der Grenzen der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse fassen kann. Und ohne eine klare Vorstellung davon, wie dieser Prozess ablaufen sollte, gibt es keine Möglichkeit, seinen Verlauf zu beurteilen oder zu steuern.

Was lässt sich aus den historischen Bestimmungsversuchen der Sozialisierungsreife für die aktuelle Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung lernen? Neben dem geschichtsphilosophischen Ballast verbergen sich hinter dem Begriff der Sozialisierungsreife strategische Überlegungen, welche Sektoren vergesellschaftet werden sollen, und transformatorische Orientierungen, wie sich diese Vergesellschaftungen in das Ziel einer demokratischen Wirtschaftsplanung einordnen, die vor dem Hintergrund aktueller Krisentendenzen, insbesondere der Klima- und Reproduktionskrise, aktualisiert werden müssen. In der Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung zeigt sich eine Leerstelle dahingehend, wie eine demokratischere oder gar sozialistische Planung erreicht werden kann. Die Lehren aus der historischen und aktuellen Vergesellschaftungsdebatte könnten durch eine Fokussierung auf das Transformationsproblem eine *Politisierung* der zukünftigen Forschung zur demokratischen Wirtschaftsplanung anregen. Den Übergang zu einer demokratisch-geplanten Ökonomie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, des Standes und Potenzials sozialer Bewegungen, der Widersprüche und Krisenmomente kapitalistischer Planung und Vergesellschaftung zu denken, bedeutet eine Politisierung der Planungsdebatte, weil sie den Blick darauf lenkt, dass Transformation keine rein technische, sondern vor allem eine politische Frage ist.

Eine Politisierung der Wirtschaftsplanungsdebatte lenkt also einerseits den Fokus auf Transformationsstrategien und -fragen und muss andererseits bei der Politisierung ökonomischer Verhältnisse über reine Machbarkeits-spekulationen in Bezug auf Information und Allokation hinausgehen. Wie bereits erwähnt, ist die aktuelle Debatte stark von den Fragen der sozialistischen Kalkulationsdebatte inspiriert, woher also die Informationen kommen, die die gesellschaftlichen Bedarfe mit der Produktion in Einklang bringen, wenn der Marktmechanismus ausgeschaltet ist. So geht es auch in dem Modell einer sozialistischen Wirtschaftsplanung von Daniel E. Saros zentral darum, eine dynamische Erhebung der Konsumbedürfnisse zu ermöglichen und diese mit der Produktion in Einklang zu bringen. Die Bedürfnisse können in eine Plattform eingetragen werden, die alle verfügbaren Gebrauchswerte – Konsumgüter und Dienstleistungen – auflistet, den sogenannten *General Catalogue*. Die Produktion wird dann nach einem komplexeren Prozess der Bedürfnisgewichtung und der Verteilung von Ressourcen und Produktionskapazitäten an die Bedarfe aus dem *General Catalogue* angepasst (Saros 2014: 137ff.). Im Zentrum von Saros' Modell steht somit die Aggregation von Bedürfnissen und nicht deren radikaldemokratische Aushandlung. Die Demokratisierung ökonomischer Verhältnisse zielt entsprechend nicht auf die Politisierung von Bedürfnissen. Ziel der Vergesellschaftung ist dagegen eine

radikale Demokratisierung der Ökonomie, indem der Blick von technischen Lösungen der Bedürfnisaggregation auf radikaldemokratische Institutionen der Bedürfnisaushandlung gelenkt wird.

Ökonomische Planung ist zunächst Ausdruck einer bestimmten Form und Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. So wird auch unter kapitalistischen Vorzeichen geplant, »auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einerseits und innerhalb der Unternehmen andererseits« (Bruschi u.a. 2021: 26). Darüber hinaus werden mit der möglichen Herausbildung eines grünen Kapitalismus als neuem Akkumulationsregime Formen ökonomischer Planung, Steuerung und Investitionslenkung zukünftig zunehmen (Fisahn 2023). »Zugespitzt lautet die Frage nicht Markt oder Plan?, sondern: Wie kommen wir von einer geplanten, kompetitiven und tauschwerorientierten Produktionsweise zu einer geplanten, kooperativen und gebrauchswertorientierten?« (Bruschi u.a.: 39)

Hier bietet sich die begriffliche Schärfung des Planungsbegriffs durch die Vergesellschaftungsdebatte an. Für eine emanzipatorische Planung muss die gesellschaftsstrukturierende Institution des Privateigentums herausgefordert werden. Mit einem solchen Begriff demokratischer Wirtschaftsplanung, der die Eigentumsverhältnisse als zentrale Strukturkomponente einbezieht, kann besser beurteilt werden, welche Formen der Planung im Kapitalismus bereits ein transformatives Element enthalten.

Umgekehrt kann aber auch die aktuelle Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung die Vergesellschaftungsdebatte in zentralen Punkten und Fragen bereichern. Ein emanzipatorischer Wandel kann nicht einfach abstrakt postuliert werden, sondern muss von denen, die für eine bessere Welt kämpfen, konkret gestaltet werden. Ohne eine Vorstellung davon, wofür sie kämpfen, ist aber auch der Transformationsprozess selbst blind. Wenn die Forderung nach Vergesellschaftung mehr sein soll als eine leere Formel, muss sie, wie Karl Korsch (1912) sagte, mit Inhalt gefüllt werden.

Vergesellschaftung im Sinne von Demokratisierung bedeutet, die Form der (Re-)Produktion so umzugestalten, dass diejenigen, die die materiellen Bedingungen der Existenz (re-)produzieren – am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Öffentlichkeit etc. – bis zu einem gewissen Grad auch die Kontrolle über diese (Re-)Produktion selbst innehaben. Aber genau hier beginnen die Probleme: Wie können verschiedene Unternehmen miteinander koordiniert werden, wenn diese Koordination nicht mehr markvermittelt erfolgen soll? Über welche Mechanismen erfolgt diese Koordination und was ist ihr Zweck? Wie sind vergesellschaftete Ressourcen und Infrastrukturen in einen gesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet? Wie sind die Arbeitsverhältnisse gestaltet? Wie werden die gesellschaftlichen Bedürfnisse bestimmt und erhoben, auf die die Produktion ausgerichtet werden soll? Wie werden Konflikte zwischen einer

Rationalisierung der Produktion und ihrer Demokratisierung gelöst? Wie sind Nachhaltigkeit und Produktivität, Effizienz und Transparenz gegeneinander abzuwägen? All dies sind Fragen nach den Grundzügen einer demokratischen Wirtschaftsplanung. Deshalb steht die Vergesellschaftung am Anfang der Planungsdebatte und nicht an ihrem Ende. Die Schaffung von Gemeineigentum schafft die Voraussetzungen für eine planvolle Wirtschaft, bedeutet aber nicht dasselbe wie deren Aufbau. Jede Vergesellschaftung, die beispielsweise die Trennung zwischen der Sphäre der Produktion und der Sphäre der Reproduktion unangetastet lässt, ist unvollendet. Die Vergesellschaftung muss sich daher auf die Sphären der Haushalte, des Wohnens und der sozialen Reproduktion im Allgemeinen erstrecken. Vergesellschaftung ist der un abgeschlossene Prozess, durch den die Zukunft in der Gegenwart konstruiert wird.

Der Kapitalismus ist eine undurchsichtige Form der wirtschaftlichen Organisation, deren Grenzziehungen durch private Eigentumsrechte geschützt sind. Die Vergesellschaftung der Produktion bedeutet, die Grenzen, die durch das Privateigentum strukturiert werden, einzureißen und es den Produzenten zu ermöglichen, ihre eigene Produktion und die der anderen als voneinander abhängig und miteinander verbunden zu sehen, als Teil desselben koordinierten Prozesses. Bei der Vergesellschaftung geht es auch darum, die materiellen Grundlage für die Erfahrung von Freiheit als Nichtbeherrschung im ökonomischen Bereich zu schaffen. Im Kern des materialistischen Programms gibt es also ein geistiges Element: eine Sehnsucht nach Freiheit jenseits der abstrakten und bürgerlichen Formen der Teilhabe am modernen Staat. Es geht um die Freiheit, den eigenen (Re-)Produktionsprozess mit anderen, gemeinsam, für sich und andere bestimmen zu können. Das würde bedeuten, dass Vergesellschaftung nicht auf einen Übergangsschritt im Prozess der Transformation der Eigentumsverhältnisse reduziert werden kann, sondern zu einem dynamischen räumlichen und zeitlichen Lernprozess der Freiheit in der materiellen Sphäre erweitert werden muss. An dieser Stelle treffen sich Vergesellschaftung und Planung, die sich in ihren Zielen und Umsetzungsweisen wechselseitig neu konfigurieren.

## Schluss

Zum ersten Mal seit langer Zeit wird wieder aktiv über Vergesellschaftung und demokratische Wirtschaftsplanung debattiert. Die Debatten über die Vergesellschaftung des Wohnens, der Energie, aber auch der Finanzinfrastruktur, Mobilität und des Gesundheitswesens, wurden durch die Verschärfung der wirtschaftlichen und ökologischen Krisen ausgelöst. Soziale Bewegungen wenden sich dem Konzept der Vergesellschaftung zu, um dem neoliberalen

Angriff auf die Lebensbedingungen eine Vision von einer gemeinwohlorientierten Ökonomie entgegenzusetzen.

Gleichzeitig gewinnt die Debatte über Wirtschaftsplanung an Fahrt, seit der Klimawandel, die digitalen Technologien und die Covid-19-Pandemie die Notwendigkeit, aber auch die Realität wirtschaftlicher Koordination vor Augen geführt haben. Kurz gesagt: Es gab noch nie einen besseren Zeitpunkt, um Planung und Vergesellschaftung zu einem Fundament für die demokratische Organisation der Ökonomie zusammenzuführen. Da die Vergesellschaftung bereits Kämpfe in der Gegenwart mobilisiert, während die Planung wirtschaftliche Visionen für die Zukunft entwirft, halten wir es für sinnvoll, die Planungsdebatte in die Vergesellschaftungsdebatte zu integrieren. Die Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung soll konkreter und greifbarer werden und Teil der Kämpfe in der Gegenwart sein, ohne dabei das Streben nach dem Ganzen aufzugeben, das Vergesellschaftung und Planung verbindet.

## Literatur

- Bauer, Otto (1919): *Der Weg zum Sozialismus*. Wien.
- Berfelde, Rabea / Möller, Philipp (2023): Radikaldemokratische Planung der Wohnraumversorgung? Das Vergesellschaftungskonzept von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. In: *PROKLA* 212 53(3): 561-577. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i212.2049>.
- Blumenfeld, Jacob (2023a): Expropriation of the Expropriators. In: *Philosophy & Social Criticism* 49(4): 431-447. DOI: <https://doi.org/10.1177/019145372111059513>.
- (2023b): What was socialization? A look back. URL: <https://sfb294-eigentum.de/>, Zugriff: 4.4.2024.
- Bruschi, Valeria u.a. (2021): Arbeitsteilung – Kooperation – Rationalität. Wie viel Planung steckt in Marx? In: Daum, Timo / Nuss, Sabine (Hg.): *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*. Berlin: 25-39.
- Cockshott, Paul W. / Cottrell, Allin (1993): *Towards a New Socialism*. Nottingham.
- Dapprich, Jan Philipp (2020): *Rationality and distribution in the social economy*. University of Glasgow. DOI: <https://doi.org/10.5525/gla.thesis.81793>.
- Devine, Pat (1988): *Democracy And Economic Planning: The Political Economy Of A Self-Governing Society*. Cambridge. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780429033117>.
- Durand, Cédric / Hofferberth, Elena / Schmelzer, Matthias (2023): *Planning Beyond Growth. The Case for Economic Democracy within Ecological Limits*. DOI: <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4457481>.
- Fisahn, Andreas (2023): Im Alten das Neue aufspüren. In: *LuXemburg*. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 4.4.2024.
- Gerlach, Erich (1969): Einleitung. In: Korsch, Karl: *Schriften zur Sozialisierung*. Frankfurt/M.: 1-14.
- Groos, Jan (2021): Distributed planned economies in the age of their technical feasibility. In: *BEHEMOTH* 14(2): 75-87.
- Grünberg, Max (2023): The Planning Daemon: Future Desire and Communal Production. In: *Historical Materialism* 31(4): 115-1595. DOI: <https://doi.org/10.1163/1569206x-bja10001>.
- Hahnel, Robin (2021): *Democratic Economic Planning*. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781003173700>.
- Hayek, Friedrich A. von (1937): Economics and Knowledge. In: *Economica*, New Series 4(1): 33-54. DOI: <https://doi.org/10.2307/2548786>.

- (1945): The Use of Knowledge in Society. In: The American Economic Review 35(4): 519-530.
- Hoffrogge, Ralf (2024): Nie wirklich weg. Fünf Formen von Gemeineigentum in der Geschichte und ihre Bedeutung für das Ringen um Vergesellschaftung heute. In: Arbeit – Bewegung – Geschichte 23(1): 10-24.
- Kautsky, Karl (1919): Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm. Berlin.
- Korsch, Karl (1912): Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft. In: Die Tat IV(9): 507-509.
- (1969): Schriften zur Sozialisierung. Frankfurt/M.
- Lange, Oskar (1936) On the Economic Theory of Socialism: Part One. In: The Review of Economic Studies 4(1): 53-71. DOI: <https://doi.org/10.2307/2967660>.
- (1937) On the Economic Theory of Socialism: Part Two. In: The Review of Economic Studies 4(2): 123-142. DOI: <https://doi.org/10.2307/2967609>.
- Leipold, Bruno (2020): Marx's Social Republic: Radical Republicanism and the Political Institutions of Socialism. In: Leipold, Bruno / Nabusi, Karma / White, Stuart (Hg.): Radical Republicanism: Recovering the Tradition's Popular Heritage. Oxford: 172-194. DOI: <https://doi.org/10.1093/oso/9780198796725.003.0009>.
- Lerner, Abba P. (1934): Economic Theory and Socialist Economy. In: The Review of Economic Studies 2(1): 51-61. DOI: <https://doi.org/10.2307/2967550>.
- Mises, Ludwig von (1922): Die Gemeinwirtschaft. Jena.
- Morozov, Evgeny (2019): Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data. In: New Left Review 116/117. URL: <https://newleftreview.org/>, Zugriff: 4.4.2024.
- Muldoon, James (2020): Building Power to Change the World: The Political Thought of the German Council Movements. Oxford. DOI: <https://doi.org/10.1093/oso/9780198856627.001.0001>.
- Nardelli, Pedro HJ u.a. (2023): Cyber-physical decentralized planning for communizing. In: Competition & Change 0(0): 1-18. DOI: <https://doi.org/10.1177/10245294231213141>
- Neurath, Otto (1920): Vollsozialisierung. Jena.
- (1920/1921) Ein System der Sozialisierung. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48: 44-73.
- (1928): Lebensgestaltung und Klassenkampf. Berlin.
- (1973): Betriebsräte, Fahrkräfte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung. In: Bermbach, Udo (Hg.): Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Räte-Diskussion. Opladen: 103-123. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-322-86336-2\\_9](https://doi.org/10.1007/978-3-322-86336-2_9).
- Novy, Klaus (1978): Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik. Frankfurt/M./New York.
- Phillips, Leigh / Rozworski, Michael (2019): The People's Republic of Walmart: How the World's Biggest Corporations are Laying the Foundation for Socialism. London/New York.
- Planning for Entropy (2022): Democratic Economic Planning, Social Metabolism and the Environment. In: Science & Society 86(2): 291-313. DOI: <https://doi.org/10.1521/siso.2022.86.2.291>.
- Saros, Daniel E. (2014): Information Technology and Socialist Construction: The End of Capital and the Transition to Socialism. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315814001>.
- Schmidt, Christopher (2023): Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft. Transformationspfade in eine andere Gesellschaft. Münster.
- Stoll, Niklas (2022): Vergesellschaftung als Transformationsstrategie: »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« im diskursiven und politischen Kontext. In: PROKLA 209 52(4): 631-648. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i209.2024>.
- Vettese, Troy / Pendergrass, Drew (2022): Half-Earth Socialism. A Plan to Save the Future from Extinction, Climate Change, and Pandemics. London/New York.
- Weil, Felix (1921): Sozialisierung. Berlin-Fichtenau.
- Wood, Ellen Meiksins (1995): Democracy Against Capitalism. Cambridge.



**Zeit für gute Nachrichten:**

**[www.contraste.org](http://www.contraste.org)**